

## Dankesrede zur Verleihung des Publizistikpreises der Friedrich August von Hayek-Stiftung 2013

Friedrich August von Hayek hat Wirtschaftspolitik – nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis – geprägt, wie wenige Ökonomen vor oder nach ihm. Ob Margaret Thatcher, Ronald Reagan oder Ludwig Erhard – sie alle waren von seinen Ideen einer liberalen Ordnungspolitik inspiriert: Der Staat überwacht als gestrenger Schiedsrichter den Markt, aber er spielt nicht mit. Heutzutage allerdings ist der Zeitgeist antiliberal. Gäbe es eine Börse für Wirtschaftstheorien, so wäre der Hayek-Kurs weit von seinen Höchstständen entfernt. Neoliberal gilt selbst in bürgerlichen Kreisen als Schimpfwort. Wachstumskritik ist en vogue. Thatcherismus, Reagonomics oder die deutsche Reformpolitik der Agenda 2010 werden als politische Irrwege kritisiert. Nicht erst seit der Finanzkrise wird dem Markt wahlweise alles oder gar nichts zugetraut. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass im bundesdeutschen Parlament jetzt erstmals seit dem Krieg keine liberale Partei vertreten ist. Eine politische Kraft, die im Zweifelsfall für den Markt eintritt, gilt offenbar als entbehrlich. Nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten europäischen Staaten und selbst in den USA sind die Anhänger Hayeks ins Hintertreffen geraten. Konjunkturprogramme, exorbitante Verschuldung, Staatseingriffe bis hin zu Verstaatlichungen, der permanente Missbrauch der Notenbanken – von Ordnungspolitik keine Spur. Der Staat ist auf dem Vormarsch.

Und wie geht es weiter? Manch einer glaubt an eine bevorstehende Renaissance des Liberalismus, sowohl in der Wirtschaft als auch in Politik – mit dem Internet als Plattform zur Verbreitung freiheitlicher Ideen. Doch das derzeitige gesellschaftliche Klima lässt im Gegenteil befürchten, dass die Freiheit des Einzelnen immer weiter abnimmt.

Und die Bürger? Sie akzeptieren das nicht nur, viele sehnen sich geradezu danach. Denn Vater Staat verspricht Sicherheit und soziale Gerechtigkeit – ein Bollwerk gegen die Unberechenbarkeit und die Härten der Marktwirtschaft. Doch die Realität sieht anders aus, als uns die Staatsgläubigen einreden wollen. Wir sind auf dem Weg in die Knechtschaft: Der Staat begehrt einen immer größeren Anteil des von uns verdienten Geldes, er regelt, wer wie wann arbeiten darf, welche Technologien und Energien wir nutzen dürfen und zunehmend auch, wie das Familienleben zu gestalten ist. Mal steuert Politik mit Steuern und Abgaben, mal über Verbote und Erziehung. Es ist keineswegs ein Polizeistaat, der unsere Freiheit auf vielfältige Weise einschränkt. Es ist ein gut meinender, ein umsorgender, ein sich omnipotent wahnender Vater Staat. Hayek hat uns gewarnt: Politiker die sich nicht an ordnungspolitische Grundsätze gebunden fühlen, sondern fallweise politisch entscheiden und in den Markt eingreifen, werden zum Spielball von Lobbygruppen. Denn Parteien handeln in der Realität eben nicht nach purem Idealismus, sondern bedienen ihre jeweilige Klientel. Das lehrt die politische Ökonomie.

Es ist kein Zufall, sondern fast eine Zwangsläufigkeit, dass die Interessen künftiger Generationen keine Beachtung finden; sie sind schließlich heute keine Wähler. Und so werden zum Preis wachsender Verschuldung die jetzigen

Wähler bedient. Es ist kein Zufall, dass meist die etablierten, gut organisierten Unternehmen stärker berücksichtigt werden als die Existenzgründer, die im Regelfall einzeln agieren. Kein Zufall ist es auch, dass Banken, die die staatliche Schuldenpolitik finanzieren, mehr Einfluss auf die Politiker haben, als Millionen von Steuerzahlern, die eben keine einheitliche Lobbygruppe sind, sondern ein bunt gemischter Haufen.

Der englische Spieltheoretiker Ken Binmore beschreibt den Prozess der zunehmenden Staatsaktivität als Spirale. Am Anfang steht eine Gesellschaft, in der sowohl die individuelle Freiheit als auch der Einkommensunterschied in der Bevölkerung groß ist. Der Staat spielt kaum eine Rolle.

In der zweiten Stufe folgt ein System, das Hayeks Ideal am nächsten kommt: eine durch Ordnungspolitik gezähmte Marktwirtschaft. Es gibt einen Sozialstaat, der Armut verhindert, aber ansonsten auf Eigenverantwortung baut. Ludwig Erhard steht ebenfalls für eine solche Marktordnung. Der Staat dient den Bürgern – nicht umgekehrt.

Doch heute sind wir fast überall in Europa mit dem Ausbau staatlicher Aktivität längst eine Stufe weiter: Es ist eine sozialdemokratisierte Marktwirtschaft mit großer Umverteilung und einem Staat, der bis hinein in die Familien und tief in die Wirtschaft hineinreguliert.

Am Ende dieser Entwicklung gewinnt schließlich der Staat die Übermacht. Seine Vertreter belohnen diejenigen, die ihn stützen auf Kosten aller anderen. Die wirtschaftliche Konzentration ist groß, der Handlungsspielraum des Individuums gering. Abweichungen vom Mainstream sind kaum mehr möglich. „Neofeudal“ nennt Binmore diese „Schöne neue Welt“. Es ist nichts anderes als die von Hayek

befürchtete Knechtschaft. Das Erschreckende ist, dass es durchaus in einer Demokratie zu einer derartigen Unfreiheit kommen kann.

Zuviel Wohlfahrtsstaat schafft nicht Wohlstand. Vielmehr wird die Freiheit entkernt, bis nur noch die Fassade steht. Den Verfechtern von immer mehr Staat geht es in aller Regel um hehre, idealistische Ziele. Heute verspricht man dem Volk die ökologische, die soziale, die europäische Zukunft. Immer neue Bevölkerungsgruppen – inzwischen gar ganze Euro-Staaten – werden zu Bedürftigen erklärt. Die real existierende soziale Marktwirtschaft wird zu einer Umverteilungsmaschine, die immer komplexer und intransparenter wird. Davon profitieren keineswegs vor allem die Armen. Vater Staat kümmert sich vielmehr um alle – dafür beansprucht er allerdings einen Großteil des Einkommens seiner Bürger und macht zudem noch Schulden.

Friedrich August von Hayek sah in der Marktwirtschaft viel mehr als nur ein System, das effizienter als jedes andere die Wünsche aller Menschen zum Ausdruck bringt und größtmöglichen Wohlstand erzeugt. Ihm ging es auch um die Verteidigung der Freiheit und um Fairness, um den Schutz vor staatlicher Willkür und vor politischer Klientelwirtschaft. Und um die Würde des Menschen, selbst für sich zu sorgen.

Hayek Freiheitslehre ist eine großartige Philosophie und Aufklärung, davon bin ich überzeugt, die wirkungsvollste Waffe gegen ihre Gegner.

Dorothea Siems